



Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2009





Bank
für Sozialwirtschaft

Bericht über das 87. Geschäftsjahr 2009
Berlin und Köln

Zur strategischen Ausrichtung	6
BFS auf einen Blick	7
Aufsichtsrat	8
Organe	9
Zentralbeirat	10
Bericht des Vorstandes	13
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	13
Entwicklungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft	19
Lagebericht 2009	24
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	31
Entwicklung der Tochterunternehmen	34
Bericht des Aufsichtsrates	38
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009	43
Gewinn- und Verlustrechnung 2009	47
Anhang 2009	50
Bestätigungsvermerk	61
Geschäftsstellen und Repräsentanzen	62

Als aktiver oder passiver Begleiter und Gestalter sozialer Arbeit engagiert sich die BFS nicht nur in finanztechnischer Hinsicht. Das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses ist gute und gelebte Tradition in der Bank für Sozialwirtschaft. Ob als Mitarbeitende in Gremien, ob als Rettungssanitäter oder als aktives Mitglied eines Entwicklungshilfeprojektes – je nach Interesse fördern und unterstützen wir bürgerschaftliches Engagement unserer Mitarbeiter.

Einige Engagierte zeigen wir in diesem Geschäftsbericht. Es liegt auf der Hand, dass unsere betriebswirtschaftlich geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorwiegend in Gremien gefragt sind. So sehr, dass die Nachfrage inzwischen die Möglichkeiten bei weitem übersteigt. Schatzmeister, Vorstandsmitglieder oder Beiräte sind die häufigsten Felder ehrenamtlicher Tätigkeiten. Aber es gibt auch andere.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft und auf die Geschäftsmöglichkeiten von Banken waren zentrale Themen im Geschäftsjahr 2009. Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat erneut davon profitiert, dass sie von den damit verbundenen Entwicklungen kaum betroffen war. Ihr Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat sich aufgrund der starken öffentlichen Regulierung in den Branchen Alten-, Kranken-, Behinderten- und Jugendhilfe etc. und der zu großen Teilen konjunkturunabhängigen Nachfrage nach deren Leistungen als relativ krisenfest erwiesen.

Zudem hat ihr langfristig ausgerichtetes und traditionelles Geschäftsmodell die Bank für Sozialwirtschaft AG vor Problemen bewahrt, die andere Institute in Bedrängnis gebracht haben. Im Gegenteil: Die Nachfrage nach den Leistungen der Bank für Sozialwirtschaft AG ist so stark gestiegen, dass sie das Geschäftsjahr 2009 mit dem besten Ergebnis ihrer 87jährigen Geschichte abgeschlossen hat.

Vor diesem Hintergrund werden wir unsere Zielsetzung eines qualitativen Wachstums weiter verfolgen. Außerdem werden wir unsere Strategie fortsetzen, uns auf das traditionelle Bankgeschäft mit Unternehmen und Organisationen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu konzentrieren. Unverändert bleibt auch unsere Geschäftspolitik, in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zuzulassen. Da die Sozial- und Gesundheitswirtschaft vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung als Wachstumsmarkt gilt, sehen wir grundsätzlich sehr gute Perspektiven für unser Kreditinstitut.

Durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen steigt der Bedarf an Fremdkapital seit Jahren, insbesondere im investiven Bereich. Mit dem weiteren Umbau der Sozialen Sicherungssysteme und vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird. Auch Instrumente zur Eigenkapitalbeschaffung und andere Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung werden an Bedeutung gewinnen.

Diese Entwicklungen bergen auf der einen Seite Chancen für das weitere Wachstum der Bank für Sozialwirtschaft AG. Auf der anderen Seite eröffnen sie jedoch auch Risiken, die es frühzeitig zu begrenzen gilt. Daher arbeitet die Bank für Sozialwirtschaft AG zeitgleich an innovativen Angeboten für neue Anforderungen der Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, an der Optimierung ihrer Instrumente zur differenzierten Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben und an einer kontinuierlichen Aktualisierung der Kenntnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Segmenten der Sozial- und Gesundheitswirtschaft.

In welchen Feldern wir 2009 aktiv waren und wo wir für 2010 Initiativen gestartet haben, um unsere Position als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	Veränderung
	Mio. Euro	Mio. Euro	in Mio. Euro	in %
Bilanzsumme	5.766,0	5.232,1	533,8	10,2 %
Eigengeschäft	5.594,1	5.057,3	536,8	10,6 %
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	173,3	155,2	18,1	11,7 %
Forderungen an Kreditinstitute	31,6	31,2	0,4	1,3 %
Wertpapiere	2.547,5	2.406,3	141,1	5,9 %
Forderungen an Kunden	2.928,7	2.494,2	434,5	17,4 %
Treuhandkredite	171,9	174,8	-2,9	-1,7 %
Einlagen von Kreditinstituten	1.763,7	1.590,5	173,2	10,9 %
Einlagen von Kunden	3.448,4	3.161,7	286,7	9,1 %
• täglich fällig	2.162,6	1.397,6	764,9	54,7 %
• Festgelder	1.230,6	1.700,1	-469,5	-27,6 %
• Spareinlagen	55,3	64,0	-8,7	-13,6 %
Zinsüberschuss	103,9	91,3	12,6	13,8 %
Provisionsergebnis	4,6	4,1	0,5	12,2 %
Betrieblicher Aufwand	-46,1	-41,4	-4,7	11,4 %
Betriebsergebnis	66,3	57,3	9,0	15,7 %
Jahresüberschuss	51,4	23,0	28,4	123,5 %

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Düsseldorf

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland, Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Dr. Weh und Kollegen,
Waldshut-Tiengen

Rainer Brückers

Geschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied,
AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V., Berlin
(bis 31.12.2009), Geschäftsführer und Bundesvorstands-
mitglied i. R., Berlin (seit 01.01.2010)

Pfarrer Klaus-Dieter Kottnik

Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V., Berlin

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritas-
verband e. V., Freiburg

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der Paritätische Gesamtver-
band e. V., Berlin

Berthold Simons

Kaufmännischer Direktor i. R., Berlin

Dr. Wolfgang Teske

Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen
Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Michael Warman

Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in
Deutschland e. V., Frankfurt am Main
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Prof. Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Generalsekretariat, Berlin (bis 31.12.2009),
Bundesschatzmeister a. D., Kiel (seit 01.01.2010)

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
 Dietmar Krüger, Köln
 Prof. Dr. Arnd Verleger, Köln

Generalbevollmächtigte

Thomas Kahleis, Köln

Prokuristen und Direktoren

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
 Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
 Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
 Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
 Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

Geschäftsstellenleiter

Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
 Anke Buder, Leiterin der Geschäftsstelle Dresden
 (bis 14. November 2009)
 Thomas Dettweiler, Direktor der Geschäftsstelle München
 Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
 Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
 Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
 Enrico Meier, Direktor der Geschäftsstelle Magdeburg
 Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
 Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
 Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

Volker Bredick

Bundesvorstand, JUH – Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.,
Berlin (verstorben am 26. November 2009)

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im
Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich
Finanzen Organisation,
Der Paritätische Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal
(Mitglied seit dem 1. Januar 2010)

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Thomas Dane

Vorstand, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-
schlesische Oberlausitz,
Innere Mission und Hilfswerk e. V., Berlin

Thomas Doerr

Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter
Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Alfons Donat

Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und
Pfleagesellschaft mbH, Dernbach

Thomas Eisenreich

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
(Mitglied seit dem 1. Januar 2010)

Willi Esser

Kaufmännischer Vorstand, Johannes Seniorendienste
e. V., Bonn

Günter Famulla

Ehrevorsitzender Paritätischer Niedersachsen e. V.,
Hannover (Mitglied bis zum 31. Dezember 2009)

Franz-Heinrich Fischler

Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum
Berlin e. V., Berlin

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der Paritätische Sachsen-
Anhalt e. V., Magdeburg

Manfred Kallenbach

MK Consulting, Zierenberg-Oberelsungen

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Prof. Dr. Thomas Kersting

Sprecher der Geschäftsführung, DRK Kliniken Berlin,
Berlin

Hartmut G. Knippscheer

Vorstand, Martinshof Rothenburg Diakoniewerk,
Rothenburg

Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik

Vorstand, FAKD Führungsakademie für Kirche und
Diakonie, Berlin

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft
Essen-Nord eG, Essen

Oswald Menninger

Geschäftsführer, Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Landesverband Berlin e. V., Berlin

Hans-Herbert Müller

Geschäftsführer, MTG Malteser-Trägersgesellschaft
gGmbH, Bonn (bis 30.06.2009), Geschäftsführer i. R.
(ab 01.07.2009) (Mitglied bis zum 31. Dezember 2009)

Wilhelm Müller

Bundesgeschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund,
Deutschland e. V., Köln

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Hans-Peter Niemeier

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bundesverband e. V., Wirtschaft und Finanzen, Berlin

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter Ostermann Pott &
Cie., Healthcare Advisors GmbH & Co. KG, Bonn

Gerhard Ridderbusch, Hohenzollern Sieben,
Zentrum für Beratung & Kompetenzentwicklung
GR Managementberatung, Hannover

Cornelia Rundt

Vorstand, Paritätischer Niedersachsen e. V., Hannover
(Mitglied seit dem 1. Januar 2010)

Markus Schächter

Intendant, Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

Bernd Scheweling

Stv. Aufsichtsratsvorsitzender der Curanum AG,
München

Klaus Schilling

Geschäftsführer, Medigreif Unternehmensgruppe,
Greifswald

Elfi Scho-Antwerpes

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppen-
vorsitzende, Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Kreisgruppe Köln e. V., Köln

Paul-Werner Schöndorf

Provinzialrat, Barmherzige Schwestern vom heiligen
Kreuz, Kloster Hegne, Freiburg im Breisgau

Bernhard P. Späth

Vorsitzender des Vorstandes, St. Josefshaus Herten,
Rheinfelden

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz,
München

Dr. Jörg Steinhausen

Landesgeschäftsführer, Der Paritätische Landesverband
Nordrhein-Westfalen e. V.,
Düsseldorf (Mitglied bis zum 31. Dezember 2009)

Clemens Graf von Waldburg-Zeil

Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Generalsekretariat, Berlin

Bernd Weber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG, Frankfurt
am Main (Mitglied seit dem 1. Januar 2010)



Thomas Krummenast

Bonn und Bad Honnef sind die Einsatzgebiete von Thomas Krummenast als Rettungssanitäter bei den Maltesern. Ob qualifizierter Krankentransport oder Notfallrettung – er macht das seit elf Jahren. Bei der Bank für Sozialwirtschaft in Köln berät er institutionelle Kunden in Finanzierungsfragen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 2009 standen ganz im Zeichen der Bewältigung der Finanzmarktkrise und ihrer Folgen für die Realökonomie. Erstmals in der Nachkriegszeit kam es zu einer Schrumpfung der Weltwirtschaft. Der Internationale Währungsfonds geht von einem Rückgang der globalen Produktion um 0,8 % gegenüber dem Vorjahr aus. Für den Welthandel wird ein Einbruch um 12,3 % veranschlagt.¹ Insbesondere die Volkswirtschaften der USA, Europas und anderer bedeutender Industrienationen durchlebten eine äußerst starke Rezession.

Weltweit haben Regierungen und Notenbanken mit umfassenden Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor und die Realwirtschaft reagiert. So konnten Zusammenbrüche des internationalen Finanzmarktes und der nationalen Bankensysteme verhindert und ein wirtschaftlicher Erholungsprozess in Gang gesetzt werden.

Deutschland konnte sich mit seiner international stark verflochtenen Wirtschaft dem Einbrechen der Globalkonjunktur nicht entziehen. Mit einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 5,0 % gegenüber dem Vorjahr erlebte Deutschland die schwerste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik.

Konjunktureinbruch in Deutschland

Der wirtschaftliche Einbruch Deutschlands konzentrierte sich auf das Winterhalbjahr 2008/2009. Die seit dem zweiten Vierteljahr 2008 negativen Quartalswachstumsraten des deutschen Bruttoinlandsproduktes erreichten im ersten Quartal 2009 mit minus 3,5 % ihren Tief- und Wendepunkt. Im zweiten und dritten Quartal 2009 vollzog sich mit Wachstumsraten von 0,4 % und 0,7 % eine leichte Erholung der Wirtschaftsentwicklung auf niedrigem Niveau. Im vierten Quartal stagnierte das Wachstum.

Die größten Belastungsfaktoren für das Wachstumsergebnis des Jahres 2009 waren die Einbrüche beim Außenhandel und bei den Investitionen.

Im Zuge der globalen Rezession ging die weltweite Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern kräftig zurück. Die stark auf diese Produktgruppe fokussierten deutschen Exporteure mussten herbe Einbußen hinnehmen. Erstmals seit 16 Jahren wurden in 2009 preisbereinigt weniger Güter und Dienstleistungen ausgeführt als im Vorjahr. Der Rückgang des Exportvolumens betrug real 14,7 %. Dem stand eine Abnahme der Importe um real 8,9 % gegenüber. Damit ergab sich ein erheblicher negativer Impuls des Außenbeitrages in Höhe von 3,4 Prozentpunkten auf das Wachstumsergebnis.

Durch die massiven Probleme der Exporteure trübten sich die Perspektiven für die gesamte deutsche Wirtschaft um den Jahreswechsel 2008/2009 stark ein. Die Unternehmen reagierten darauf mit einer erheblichen Korrektur ihrer Investitionspläne. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften deutlich (Wachstumsbeitrag -1,6 Prozentpunkte). Insbesondere im Bereich der Investitionen in Ausrüstungsgegenstände kam es zu einem massiven Einbruch um rund 20 %. Auch die gesamtwirtschaftlichen Lagerveränderungen trugen spürbar zum Wirtschaftsrückgang im Gesamtjahr bei. Aufgrund der schwächeren Nachfrage während der Rezession wurde die Vorratshaltung deutlich reduziert.

Konsum als Wachstumsstütze

Mit zusammen 0,7 Prozentpunkten steuerten die privaten und staatlichen Konsumausgaben in 2009 den einzigen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum bei. Der private Verbrauch stieg um preisbereinigt 0,4 % gegenüber dem Vorjahr. Die Robustheit des privaten Konsums ist unter anderem auf die automatischen Stabilisatoren² zurückzuführen, welche im Krisenjahr 2009 zur Stützung des Arbeitsmarktes und zu einem leichten Anstieg der verfügbaren Einkommen beitrugen.

¹ Internationaler Währungsfonds: World Economic Outlook, 26.01.2010

² Zu den automatischen Stabilisatoren gehören beispielsweise die konjunkturunabhängigen Auszahlungen der umlagefinanzierten Sozialversicherung wie der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, die krisenbedingt steigenden Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe sowie arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die Kurzarbeit.

Darüber hinaus profitierte der private Konsum von einer geringen Teuerungsrate sowie in besonderem Maße von den Impulsen der staatlichen Nachfragestützung („Abwrackprämie“). Der Staat weitete seine Konsumausgaben um 2,7 % aus. In diesem kräftigen Plus spiegeln sich vor allem konjunkturpolitische Maßnahmen der Bundesregierung wider.

Mit einer Zuwachsrate von jahresdurchschnittlich 0,4 % war die Verbraucherpreisinflation in 2009 so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die Kerninflationsrate ohne die volatilen Preise für Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel lag mit einem Jahresdurchschnitt von 1,1 % zwar deutlich über dem Gesamtindex, aber immer noch auf einem moderaten Niveau.

Belastung des Staatshaushalts

Die Rezession, das Wirken der automatischen Stabilisatoren und die fiskalischen Stützungsmaßnahmen für die Konjunktur und den Finanzsektor haben die deutschen Staatsfinanzen in 2009 in einem beispiellosen Maße belastet. Vorläufigen Angaben des Bundesministeriums der Finanzen zufolge schlossen die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen das Jahr 2009 insgesamt mit einem Finanzierungsdefizit in Höhe von 87 Mrd. Euro ab.³

Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt ergibt sich eine Defizitquote von 3,2 %.⁴ Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert für die Defizitquote von drei Prozent in 2009 erstmals seit vier Jahren wieder überschritten. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit resultierte aus einem Rückgang der Einnahmen (- 6 %) und einem gleichzeitig starken Anstieg der Ausgaben (+ 6 %).⁵

Beim Steueraufkommen⁶ wurde das Niveau des Vorjahres insgesamt um 4,5 % unterschritten. Zu dem Rückgang trugen neben der schwachen Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch die vielfältigen steuerentlastenden Rechtsänderungen bei. Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherungen ist in 2009 insgesamt um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.⁷ Die Sozialbeiträge profitierten insbesondere von der relativen Stabilität der Beschäftigung sowie der Bruttolöhne und -gehälter.

In dem starken Anstieg der Staatsausgaben spiegeln sich insbesondere die Maßnahmen der beiden Konjunkturpakete sowie Ausgabensteigerungen im Gesundheitsbereich wider.⁸ Belastet hat auch der konjunkturbedingte Anstieg der arbeitsmarktbezogenen Ausgaben. Dagegen fielen die Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor in 2009 vergleichsweise wenig ins Gewicht.

Die finanziellen Belastungen zwangen die öffentlichen Haushalte zu einer starken Ausweitung ihrer Verschuldung an den Kredit- und Kapitalmärkten. Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte lagen am 30. September 2009⁹ bei rund 1,6 Billionen Euro und damit 6,9 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Bei den Kassenverstärkungskrediten wurde Ende September 2009 ein Volumen von 64,7 Mrd. Euro erreicht (+ 6,6 % gegenüber dem 30.09.2008).¹⁰

Widerstandsfähiger Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt präsentierte sich in 2009 angesichts der Schwere des konjunkturellen Einbruchs überraschend stabil. In keinem anderen EU-Land ist der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Krisenjahr 2009 so moderat ausgefallen wie in Deutschland.

³ in der Abgrenzung der Finanzstatistik, Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht Februar 2010

⁴ in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2010. Wiesbaden, Januar 2010

⁵ in der Abgrenzung der Finanzstatistik, Quelle: Bundesministerium der Finanzen: Monatsbericht Februar 2010

⁶ Die Angaben zum Steueraufkommen beruhen auf der Datengrundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2010. Wiesbaden, Januar 2010

⁷ auf der Datengrundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, Quelle: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik 1/2010. Wiesbaden, Januar 2010

⁸ u. a. die Honorarreform für niedergelassene Ärzte und die Berücksichtigung von Tarifsteigerungen im Preissystem der Krankenhäuser

⁹ Aktuellere Daten zur Staatsverschuldung (gem. Finanzstatistik) lagen bei Fertigstellung dieses Berichts noch nicht vor.

¹⁰ Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 29. Dezember 2009

Größere Entlassungswellen wurden verhindert, indem die Anpassung der Beschäftigung an die veränderten Produktionserfordernisse größtenteils über eine Reduktion der betrieblichen Arbeitszeit¹¹ sowie über einen von den Firmen akzeptierten Rückgang der Produktivität der Beschäftigten vollzogen wurde und weniger über einen Abbau der Beschäftigtenzahl.

Ausweitung der expansiven Geldpolitik der EZB

Auf die Probleme an den Finanzmärkten und die scharfe Rezession reagierte die Europäische Zentralbank (EZB) mit einer weitergehenden Lockerung ihres geldpolitischen Kurses. Die im Oktober 2008 begonnene schrittweise Absenkung des Leitzinssatzes der Eurozone wurde fortgesetzt, bis der Leitzins im Mai 2009 bei nur noch 1,0 % lag. Aufgrund des sehr verhaltenen Preisdrucks in der Eurozone konnte die EZB den Leitzins bis zum Jahresende auf diesem historisch niedrigen Niveau belassen.

Darüber hinaus veranlassten die anhaltenden negativen Auswirkungen der Geldmarktverspannungen auf die Liquidität des Bankensektors und damit auf die Kreditversorgung der Realwirtschaft die EZB dazu, ihre bereits seit Herbst 2008 großzügig gestaltete Liquiditätsversorgung der Banken in der Eurozone durch den Einsatz zusätzlicher, unkonventioneller Maßnahmen noch einmal auszuweiten. Die Maßnahmen der EZB verfehlten ihre Wirkung nicht. Eine breit angelegte Liquiditätskrise der Banken konnte verhindert werden. Geldmarktsätze und Kreditzinsen gingen deutlich zurück.

Angeichts der Stabilisierung an den Finanzmärkten und der allmählichen Konjunkturerholung in der Eurozone leiteten die Währungshüter Ende 2009 erste Schritte zur Rückführung der Liquiditätshilfen ein. Dabei verlagerten sie den Schwerpunkt der Liquiditätshilfen auf Maßnahmen mit kürzeren Laufzeiten. Damit können sie im Laufe des Jahres 2010 bei Bedarf Liquidität flexibler und schneller vom Markt nehmen.

Bankensektor in Deutschland

Mit außergewöhnlichen haushalts-, geld- und finanzstabilitätspolitischen Maßnahmen der Staaten und Notenbanken konnten seit dem Frühjahr 2009 bedeutende Vertrauenseffekte und eine spürbare Stabilisierung des internationalen Finanzsystems erreicht werden. Auch die Bundesregierung brachte mit dem staatlichen Rettungsfonds SoFFin („Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“, Oktober 2008) und den beiden „Bad-Bank-Modellen“ (Juli 2009) ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg.

Garantien für Schuldtitel und sonstige Verbindlichkeiten der Institute, Kapitalbeteiligungen und Möglichkeiten zur Auslagerung von Risiken aus den Bankbilanzen gaben dem deutschen Bankensektor Halt. Um dennoch auftretende Lücken in der Kreditversorgung der Unternehmen zu schließen, wurde von der Bundesregierung als Teil des zweiten Konjunkturpakets der „Wirtschaftsfonds Deutschland“ aufgelegt.

Die Maßnahmen halfen, die Krise einzudämmen und eine ausreichende Kreditversorgung der Wirtschaft zu gewährleisten. Dass sich gleichwohl die Kreditvergabe in 2009 weiter rückläufig entwickelt hat, wird in erster Linie der schwächeren Kreditnachfrage zugeschrieben. Da im Bereich der Firmenkredite restriktive Tendenzen weiterhin vor allem von branchen- und firmenspezifischen Faktoren ausgingen, setzte sich im Jahresverlauf der Trend zu einer zunehmenden Heterogenität beim Zugang der Unternehmen zu Krediten fort.

Bezüglich der Verfassung der einzelnen Banken war in 2009 eine zunehmende Zweiteilung sowohl im gesamten Euroraum als auch in Deutschland zu beobachten. Auf der einen Seite stehen Institute mit unverändert guter oder wieder aus eigener Kraft stabilisierter Eigenkapitalbasis, mit einer soliden Liquiditätsausstattung und guten Refinanzierungsbedingungen durch einen ungehinderten Zugang zum Kapitalmarkt und/oder stabilen Kundeneinlagen sowie mit guter Ertragslage.

¹¹ u. a. Abbau von Überstunden und von Guthaben auf Arbeitszeitkonten, Kürzung der Regelarbeitszeit, Ausweitung der Kurzarbeit

Solche Banken konnten weiterhin Kredite vergeben und dies zu weitgehend unveränderten Konditionen.

Auf der anderen Seite stehen Institute mit angeschlagener Kapitaldecke bis hin zur Notwendigkeit einer staatlichen Beteiligung, mit einem hohen Maß an Abhängigkeit von der Liquiditätsunterstützung durch die EZB und mit hohen Verlusten im operativen Geschäft. Solche Banken zeichnen sich durch eine starke Einschränkung ihrer Kreditvergabe und durch „Abwehrkonditionen“ aus.

Zwischen diesen beiden Gruppen von Banken gibt es eine große Diskrepanz bezüglich der jeweils dominant vertretenen Geschäftsmodelle. In der Krise konnten sich vor allem solche Institute behaupten, die ihre Geschäftstätigkeit auf die Finanzierung realwirtschaftlicher Unternehmen und Projekte fokussieren, die mit einer sicherheitsorientierten Ausrichtung und mit einem effektiven Risikomanagement im Kredit- sowie im Einlagen- und Wertpapiergeschäft agieren und die über eine sichere Refinanzierungsstruktur verfügen. Bei der Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich darüber hinaus die Spezialisierung auf relativ konjunkturunabhängige und krisenfeste Branchen als sehr vorteilhaft erwiesen.

Entwicklungen an den Renten- und Aktienmärkten

Auf den Rentenmärkten bewegten sich die Renditen in 2009 auf niedrigem Niveau seitwärts. Infolge der Krise agierten Investoren zumeist risikoavers und fragten in hohem Maße sichere, aber auch liquide Anlagemöglichkeiten nach. Selbst die gewaltigen Neuemissionen von Staatspapieren zur Finanzierung der Konjunkturprogramme konnten die Renditen nicht nachhaltig anheben. Allerdings waren die Bonitätsunterschiede bei Staatsanleihen von Mitgliedsländern des Euro-Raums zum Jahresende wieder verstärkt ein Thema auf dem Anleihemarkt.

Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen aus Deutschland bewegten sich bis zum Jahresende in einer Spanne von 3,1 % und 3,5 %. Im Gesamtjahr stieg die Rendite

dieser Staatspapiere um 0,45 Prozentpunkte auf 3,37 %.

An den Aktienmärkten setzte sich Anfang 2009 aufgrund der massiv eingetrübten Konjunkturaussichten und der Unsicherheit über die Solidität des globalen Finanzsystems die im Vorjahr begonnene Talfahrt an den wichtigsten Aktienmärkten fort. Der Deutsche Aktienindex (DAX) fiel bis zur ersten Märzwoche auf 3.666 Punkte und damit auf den niedrigsten Stand seit viereinhalb Jahren.

Die Trendwende an den Aktienmärkten wurde im März durch die Veröffentlichung viel versprechender Quartalsergebnisse großer US-Finanzinstitute eingeleitet. Zudem gab das massive Gegensteuern von Notenbanken und Regierungen gegen die Krise den Investoren neues Vertrauen. Bis zum Jahresende blieb der Aufwärtstrend bei den wichtigsten Aktienindizes intakt.

Der DAX beendete das Handelsjahr 2009 mit einem Stand von 5.957 Punkten. Dies entspricht einem Jahreszuwachs in Höhe von 24 %.

Entwicklung des Euro

Das Jahr 2009 begann mit erheblichem Abwärtsdruck auf den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar. Angesichts der Krise suchten die Händler weltweit ihr Heil im US-Dollar. In der Folge fiel die europäische Gemeinschaftswährung von etwa 1,60 US-Dollar im Sommer 2008 auf fast 1,25 US-Dollar im ersten Quartal 2009.

Erst der im Frühjahr weltweit einsetzende Konjunkturoptimismus und die parallel wieder steigende Risikofreude der Finanzmarktakteure ermöglichten dem Euro ein Wiedererstarken gegenüber dem US-Dollar. Zeitweise lag der Euro-Dollar-Wechselkurs oberhalb von 1,50 US-Dollar je Euro.

Der Euro beendete das Jahr 2009 mit einem Euro-Dollar-Kurs von 1,441 US-Dollar. Damit ergab sich gegenüber

dem Vorjahresstand eine Wertsteigerung von 5 US-Cent.

Ausblick

Die im zweiten Quartal 2009 begonnene Erholung der deutschen Wirtschaft wird sich voraussichtlich in 2010 fortsetzen. Allerdings dürfte sich das Tempo der wirtschaftlichen Belebung im Vergleich zum Sommerhalbjahr 2009 verringern. Die Wachstumsprognosen für das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands liegen Anfang 2010 für das Jahr 2010 zwischen + 1,4 % und + 2,1 %. Deutschland wird wie gewohnt aufgrund seines starken Exportsektors von der wieder anziehenden weltwirtschaftlichen Nachfrage profitieren.

Dagegen sind von der Binnenkonjunktur kaum Wachstumsimpulse zu erwarten. Weil das Produktionsvolumen wahrscheinlich noch zwei bis drei Jahre unter seinem Niveau von 2008 zurückbleiben wird, besteht gesamtwirtschaftlich ein Überschuss an Produktionskapazitäten. Dieser dämpft die Investitionstätigkeit der Unternehmen, lässt die Insolvenzzahlen steigen und trübt die Perspektiven für den Arbeitsmarkt und damit für den privaten Konsum. Insgesamt bleibt die deutsche Binnenwirtschaft in hohem Maße vom Nachwirken der Konjunkturmaßnahmen abhängig; ein selbst tragender Aufschwung ist noch nicht in Sicht.

Entscheidend für den Verlauf der konjunkturellen Erholung ist die Nachhaltigkeit der Stabilisierung an den Finanzmärkten. Die Entwicklungen in Dubai und Griechenland zum Jahresbeginn 2010 sowie die Diskussionen über eine Krise bei Gewerbeimmobilien in mehreren Ländern belegen die Fragilität der Erholung. Auch ist angesichts fortbestehender Belastungen für die Bilanzen vieler Banken die Bedrohung der deutschen Wirtschaft durch eine allgemeine Kreditklemme noch nicht gebannt. Eine Herausforderung wird auch die Anpassung des internationalen Regulierungs- und Aufsichtsrahmens für die Finanzmärkte sein.

Die Nachhaltigkeit des Erholungsprozesses hängt auch davon ab, ob es gelingt, die ausufernden Staatsdefizite zurückzuführen.¹² Eine zunehmende Einengung des haushaltspolitischen Spielraums hätte u. a. ernste Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der Staaten in zukünftigen Abschwungphasen sowie angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels.

Da in Deutschland – wie in zahlreichen anderen Ländern – das Defizit so groß geworden ist, dass selbst eine spürbare Erhöhung des Potentialwachstums nicht zu einer Haushaltskonsolidierung ausreichen würde, werden kurz- bis mittelfristig Abgabenerhöhungen und Ausgabenkürzungen unvermeidlich sein.

¹² In Deutschland wird nach Einschätzung der Bundesregierung das Staatsdefizit in 2010 auf sechs Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes steigen.



Alfred Vesper

In Düsseldorf sind sie als bundesweites Pilotprojekt entstanden: Vier Wohngemeinschaften für behinderte Menschen. Alfred Vesper, Direktor unserer Essener Geschäftsstelle, war maßgebend an der Projektentwicklung beteiligt. Die isb – Ambulante Dienste gGmbH in Düsseldorf wird weitere Projekte dieser Art entwickeln.

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist im Berichtsjahr von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise relativ wenig betroffen worden. Das gilt insbesondere für die eng quasi-marktlich gefassten Bereiche, die im geschäftlichen Fokus der Bank für Sozialwirtschaft AG stehen. Zudem strahlt die relative Stabilität der Sozial- und Gesundheitswirtschaft über die von ihr nachgefragten Vorleistungen und die verausgabte Lohnsumme in die angrenzenden Wirtschaftssektoren hinein.

Diese relative Krisenresistenz beruht auf der Absicherung von Lebensrisiken über die umlagefinanzierte Sozialversicherung und die öffentlich finanzierten Sozialleistungen. Auch spielt eine Rolle, dass die Nachfrage nach den Leistungen der Altenpflege, Gesundheitshilfe etc. weitgehend unabhängig von der Wirtschaftslage ist. Unternehmen der Sozial- und der Gesundheitswirtschaft konnten zudem von den Konjunkturprogrammen der Bundesregierung profitieren.

Belastung der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte

Die Einnahmen und die Investitionsfähigkeit vieler Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind weitgehend abhängig von der Finanzierung durch die Sozialversicherungen und durch die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Deren Finanzlage war schon vor der Krise ein Problem mit zunehmender Brisanz; infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieses sich noch verstärkt.

Bereits in den Vorjahren war das Beitragsaufkommen in den Sozialversicherungen zurückgegangen. Die Ausfälle versucht die Politik u. a. mit Beitragsanpassungen und öffentlichen Zuschüssen zu kompensieren. In der Krise hat sich der Rückgang der Einnahmen u. a. durch den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter beschleunigt.

Eine nachhaltige Finanzierung der **Gesetzlichen Krankenversicherung** ist mit der Einführung des Gesundheitsfonds am 1. Januar 2009 nicht erreicht worden. Der Kalkulation des Beitragssatzes von 15,5 % für 2009

war eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 1,2 % zugrunde gelegt worden. Tatsächlich jedoch schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 5,0 %. Der konjunkturbedingte Fehlbetrag in 2009 wird mit ca. 2,1 Mrd. Euro beziffert. Für 2010 wurde ein Bundeszuschuss von 15,6 Mrd. Euro beschlossen; bislang wird von einer Unterdeckung von ca. 4. Mrd. Euro ausgegangen.

Die **Pflegeversicherung** wies im Zeitraum von 1. bis zum 3. Quartal 2009 einen positiven Saldo von 0,6 Mrd. Euro aus. Als Konsequenz der negativen Einnahmenentwicklung, beschlossener Mehrleistungen und der demographischen Veränderung wird ihre Finanzlage jedoch zunehmend prekär. Das von einer Regierungskommission am 20. Mai 2009 vorgelegte Konzept eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes trifft auf breite Zustimmung; dessen Umsetzung wird aber zu Mehrausgaben führen.

Neben den Sozialversicherungen sind für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft die **öffentlichen Haushalte von Bund, Länder und Gemeinden** finanzierungsrelevant. Die bereits vor der Krise weit fortgeschrittene öffentliche Verschuldung hat sich weiter verstärkt. Das Haushaltsjahr 2009 schloss mit einem Finanzierungsdefizit von 87 Mrd. Euro ab.

Die **Kommunen**, wichtige Träger der Daseinsvorsorge, sehen sich einem dramatischen konjunkturbedingten Einbruch ihrer Steuereinnahmen gegenüber. Zugleich steigt der Aufwand für soziale Leistungen seit Jahren kontinuierlich an. Im Zeitraum von 2005 bis 2008 erhöhten sich die Ausgaben für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um 10,3 %, für die Hilfe zur Pflege um 3,5 % und für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 32 %. Während der Finanzierungssaldo kommunaler Haushalte im Jahr 2008 noch 7,60 Mrd. auswies, so betrug er 2009 Euro -4,5 Mrd. Euro; für das laufende Jahr werden -12,05 Mrd. Euro erwartet.

Zwar sind die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungssysteme wichtige Finanzierungsquellen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Dennoch kann aus der Entwicklung der Finanzlage von Sozialversiche-

runssystemen und öffentlichen Haushalten nicht geschlossen werden, dass die Sozial- und Gesundheitswirtschaft insgesamt schrumpfende Sektoren sind.

Wirtschaftskrise verstärkt Veränderungsprozesse

Eine Reihe von Veränderungsprozessen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hatte sich bereits vor der Zuspitzung der Finanzlage von öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungssystemen angebahnt. In Folge der Krise steigt der Druck zur Anpassung der Leistungserbringungskriterien, der Steuerung der Leistungserstellung, zur Veränderung der Leistungspalette und des Finanzmanagements.

Im Berichtszeitraum erfuhr die Steigerung von **Wirtschaftlichkeit, Wirkungsorientierung und Qualität** in vielen Leistungsbereichen der Sozial- und der Gesundheitswirtschaft einen Entwicklungsschub. Die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch Orientierung der Vergütung am individuellen Bedarf und an der Zielsetzung der Leistung ist z. B. Absicht bei der Einführung des neuen Vergütungssystems für psychiatrische Krankenhäuser mit dem Krankenhaus-Finanzierungs-Reformgesetz¹³. Für die Eingliederungshilfe hat die 86. Sitzung der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister¹⁴ noch einmal die Eckpunkte eines von ihr angestoßenen Reformprozesses bekräftigt, der auf eine mehr personenzentrierte Leistungserbringung, eine noch stärkere Ausrichtung am individuellen Bedarf und auf die Intensivierung der Wirksamkeitsanalyse abzielt.

In den beiden beispielhaft angeführten Leistungsbereichen geht es wie auch in anderen darum, deutlicher sichtbar zu machen, welcher Ressourceneinsatz zur Erreichung des Leistungszieles notwendig ist. Zudem werden nicht im Bedarf begründete Vergütungsunterschiede zwischen Fällen, Leistungstypen (stationär, teilstationär oder ambulant) und Regionen eingeebnet.

Mit der Wirtschaftlichkeit und Wirkungskontrolle wird verstärkt auch die Qualität zu einem wichtigen Para-

meter der Leistungsgestaltung. Für Krankenhäuser wurden 2009 verbesserte Qualitätsberichte eingeführt. Zudem begannen die systematischen Qualitätsprüfungen von stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten.

Vom Gesetzgeber und von den Kostenträgern wird mehr Wirtschaftlichkeit, Wirkungsorientierung und Qualität der Leistungserbringung bei den Anbietern eingefordert. Diese Parameter sind prinzipiell zugleich für die Anbieter selbst wichtig: für das Aushandeln der Vergütungen, zur Positionierung im Wettbewerb, zur effizienteren Steuerung der eigenen Leistungserstellungsprozesse und zur Sicherung der Attraktivität gegenüber dem Nutzer.

Eine weitere Entwicklungstendenz wurde im Berichtszeitraum verstärkt: Der Wandel von einer durch die Anbieter dominierten Leistungsstruktur zu einem von der **Nachfrage gesteuerten Leistungsangebot**. Als beispielhaft für die Stärkung der Position der Leistungsnehmer anzuführen sind das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz¹⁵ und die Landesgesetze, die in Nachfolge des Bundesheimgesetzes von den Ländern verabschiedet wurden.

Eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der Nachfragerposition ist die Erhöhung der Beurteilungsfähigkeit in Bezug auf die angebotene Leistung. Um diese zu verbessern wurde z. B. im Bereich der Pflege damit begonnen, Transparenzberichte im Nachgang zu den systematischen Prüfungen des Medizinischen Dienstes zu veröffentlichen.

Eine nachhaltige Verstärkung der nachfragegesteuerten Leistungsentwicklung geht mit der Zunahme von Zahlungen und Eigenfinanzierung einher. Bereits heute tragen die privaten Haushalte einen erheblichen Teil z. B. der finanziellen Aufwendungen für die Pflege nach SGB XI: Ihr Eigenanteil beträgt ca. 31 % der Gesamtkosten.

Der Prozess der **Veränderung der Leistungsangebote** hat sich weiter verstärkt. Hierbei geht es um die Be-

¹³ vom 17.03.2009

¹⁴ am 25/26.11.2009

¹⁵ vom 01.10.2009

darfsausweitung und um die weitere Veränderung des Leistungsspektrums. Die anhaltenden Bedarfszuwächse in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft beruhen auf demographischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Dies ist im Berichtsjahr für viele Bereiche deutlich geworden und hat bereits zu Leistungsausweitungen geführt. Hier einige Beispiele: Mehr Familien unterstützende Einrichtungen und Dienste werden geschaffen; der Bedarf an Wohnen, Unterstützung und Pflege für Senioren nimmt zu; es gibt mehr behandlungsbedürftige Krankheiten und Rehabilitationsfälle; die Fallzahlen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen steigen weiter an. Insgesamt stellen die Bedarfszuwächse eine Herausforderung für die Gestaltung des Leistungsangebots und dessen Finanzierung dar.

Die verkürzt mit „**Ambulantisierung**“ bezeichnete Entwicklung hat sich im Berichtsjahr intensiviert. So haben z. B. die vor- bzw. nebenstationären Leistungsangebote in den Bereichen der Gesundheitsversorgung, der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wie auch des Wohnens und der Pflege von Senioren weiter zugenommen.

Ihre prekäre Finanzlage veranlasst immer mehr Kommunen, offensiv auf eine Leistungsstruktur hinzuwirken, die Ausgaben unmittelbar und zukünftig reduziert. Daher beeinflussen Kommunen z. B. das Angebotsspektrum in den Bereichen Wohnen, Unterstützung und Pflege von Senioren mit der Zielsetzung, die Nachfrage von Senioren nach Leistungen, die in höherem Maße den Haushalt belasten, zu vermeiden. Hierzu geht es u. a. um das Verhindern eines überdimensionierten Angebots an Pflegeeinrichtungen, das den Aufwand an „Hilfe zur Pflege“ unnötig erhöht.

Veränderung des Finanzierungsmanagements

In Folge der Krise verstärkt sich die Herausforderung an die Anbieter der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, in neuer Weise Investitionskapital mobilisieren zu müssen. Die Finanzierungsquellen werden vielfältiger und neue Finanzierungsformen kommen zum Einsatz.

Betrachtet man die **Innenfinanzierung** von Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, so ist sie im Kernbereich in hohem Maße abhängig von den Sozialversicherungen und den Sozialleistungsträgern. Aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen der Sozialversicherungssysteme und der öffentlichen Haushalte werden von den Finanzierungsträgern die Vergütungen sehr restriktiv gestaltet. Für die Anbieter bedeutet dies eine große Herausforderung zur Bewältigung des Kostendrucks und der Investitionsnotwendigkeiten.

Darüber hinaus wird verstärkt eine Einnahmengenerierung außerhalb der traditionellen leistungsrechtlichen Finanzierungswege angestrebt. Dies geschieht durch die Hinwendung zu zuzahlenden und selbst zahlenden Nutzern und durch eine Produktdifferenzierung, die sich an der unterschiedlichen Kaufkraft und an den unterschiedlichen Bedarfen ausrichtet. Der Anteil der Einnahmen, der nicht über die Sozialversicherungs- und Sozialleistungsträger generiert wird, nimmt zu.

Diese Entwicklungen führen dazu, dass die Unternehmen stärker gezwungen sind, die Innenfinanzierung auch durch Rationalisierung und die Nutzung der Größenvorteile zu steigern. Entsprechend schaffen die Anbieter effiziente Strukturen und Prozesse, bilden Unternehmensverbünde und fördern das Unternehmenswachstum.

Der hohe Anteil von Personalkosten in Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Ansatzpunkt für Rationalisierungsmaßnahmen. Im Berichtsjahr wurde jedoch vermehrt wahrgenommen, dass entsprechende Maßnahmen mit Bedacht eingesetzt werden müssen, da es schwieriger geworden ist, Fach- und Führungskräfte zu gewinnen. Demographiebedingt schrumpft das Beschäftigungspotenzial und die Sozial- und Gesundheitswirtschaft steht in Konkurrenz mit anderen Wirtschaftssektoren und zur Nachfrage aus dem Ausland. Zudem wird der Personalbedarf aufgrund des erwarteten Wachstums der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter ansteigen.

Bei der **Außenfinanzierung** von Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist festzustellen, dass die öffentliche Regelförderung von Investitionen weiter zurückgefahren wurde. So gab es 2009 z. B. nur noch in Baden-Württemberg und in Hessen die Objektförderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen. Auch aus der Subjektförderung ziehen sich die Bundesländer zurück; so zuletzt Mitte 2009 das Saarland.

Ein zunehmendes Gewicht bekommt die **Finanzierung über den Kredit- und den Kapitalmarkt**. Im Berichtsjahr hat die besondere Verfasstheit der Sozial- und Gesundheitswirtschaft dazu beigetragen, dass sie im Gegensatz zu anderen Sektoren keine branchenbedingten Schwierigkeiten beim Zugang zu investivem Kapital verzeichnen musste. Sofern Störungen z. B. bei der Kreditfinanzierung auftreten, haben sie ihre Ursache in der Geschäftslage des Mittelnehmers oder in der Bonität und der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit des jeweiligen Unternehmens. In 2009 war das Volumen des Kreditbestandes in den Wirtschaftszweigen „Sozial-, Gesundheits- und Veterinärwesen“ sowie „Organisationen ohne Erwerbszweck“ nahezu so groß wie in den Jahren zuvor.

Teile der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind in den letzten Jahren zunehmend für institutionelle Finanzinvestoren interessant geworden. Zu nennen sind insbesondere Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen. Die Liquiditätsschwemme, die der Finanzmarktkrise voran ging, hatte im deutschen Pflegeimmobilienmarkt zu einem massiven Anstieg der Investitionstätigkeit institutioneller Investoren geführt, der wiederum eine kräftige Erhöhung der Preise für gute Einrichtungen zur Folge hatte. Mit der Finanzmarktkrise wurden Finanzierungsmodelle, die mit hohem Fremdkapitaleinsatz arbeiteten, aufgrund der stark gestiegenen Eigenkapitalanforderungen der Banken und der Verschärfung der Kreditvergabebedingungen problematisch.

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft erweist sich vor allem für Investoren interessant, die einen langfristigen und nachhaltigen Investitionshorizont haben, weniger abhängig sind von Bankkrediten und das in der Branche realisierbare Renditepotential akzeptieren.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass durch die Finanz- und Wirtschaftskrise kein Engpass in der Finanzierung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft über den Kredit- und Kapitalmarkt auszumachen war. Einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung der Versorgungslandschaft steht von dieser Seite nichts entgegen.

Ausblick

Die Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat sich bisher als relativ krisenresistent erwiesen. Die Belastung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungssysteme in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise beschleunigen die bereits sich vollziehende Veränderungen u. a. bei der Leistungserbringung, der Leistungsstruktur und dem Finanzierungsmanagement.

Umstrukturierungen, Innovationen und Leistungsexpansion in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erfordern Investitionen. Für die Investitionsfinanzierung müssen die Anbieter sich eines weiteren Spektrums an Finanzierungsquellen und Finanzierungsinstrumenten bedienen. Eine Konsequenz ist, dass die kredit- und kapitalmarkt-orientierte Unternehmenssteuerung zu intensivieren ist.

In einer solchen Umbruchphase sind Finanzierungspartner gefragt, die nicht nur Finanzierungspotenzial haben, sondern auch fachliche Expertise und ausgeprägte Marktnähe und somit die Anforderungen kennen, die Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bewältigen müssen, um zukunftsfähig zu bleiben.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Neuausrichtung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft für die Zukunft haben im Berichtsjahr weiterhin deutlich gemacht, dass deren Verfasstheit eine relative wirtschaftliche Stabilität sichert, diese auf andere (Wirtschafts-) Sektoren ausstrahlt, dass ihr volkswirtschaftlicher Stellenwert zunimmt und sie vor der Herausforderung stehen, den sich verändernden und wachsenden Bedarf angesichts neuer Rahmenbedingungen mit wirksamen und wirtschaftlichen Leistungen zu bedienen.



Christian Fastenrath

engagiert sich als Rettungssanitäter für das Deutsche Rote Kreuz in Leverkusen. Seit nunmehr 13 Jahren kümmert er sich um die Notfallrettung. Unseren Kunden ist er als Vermögensberater im Wertpapierbereich bekannt.

Im Geschäftsjahr 2009 hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre erfreuliche Geschäftsentwicklung ungebrochen fortgesetzt. Die Finanzmarktkrise wirkte auf das Wachstum des Instituts eher beschleunigend als hemmend. Das Betriebsergebnis konnte um 15,7 % auf EUR 66,3 Mio. gesteigert werden. Der Jahresüberschuss lag mit EUR 51,4 Mio. um EUR 28,4 Mio. höher als im Vorjahr. Die Bilanzsumme stieg im Vergleich zum 31.12.2008 um 10,2 % auf EUR 5,77 Mrd. Damit war 2009 für die Bank für Sozialwirtschaft AG das erfolgreichste Geschäftsjahr seit der Gründung des Instituts im Jahr 1923.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit EUR 31,6 Mio. geringfügig über dem Vorjahreswert von EUR 31,2 Mio.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 17,4 % auf EUR 2.928,7 Mio. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Die Kredite mit Laufzeiten von mehr als fünf Jahren konnten um 14,4 % auf EUR 2.599,5 Mio. aufgestockt werden. Die Nachfrage blieb über das Gesamtjahr 2009 ungebrochen hoch. Die Realisierung dieses Kreditwachstums war im Berichtsjahr vor allem deshalb möglich, weil die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Kreditvergabebedingungen auch während der Finanzmarktkrise nicht verändert hat. Die positive Entwicklung wurde dadurch verstärkt, dass eine Reihe anderer Kreditinstitute die Segmente der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weniger offensiv angesprochen hat als in den Vorjahren. Dagegen hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Fokussierung auf das traditionelle Bankgeschäft in diesen Branchen beibehalten.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit EUR 2.547,5 Mio. um EUR 141,1 Mio. höher als im Vorjahr. Aufgestockt wurden vor allem Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, während die nicht festverzinslichen Wertpapiere aufgrund der Markt-

entwicklungen im Zuge der Finanzmarktkrise auf einem niedrigen Niveau (EUR 85,1 Mio.) nahezu konstant gehalten wurden.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** blieben mit TEUR 10.991,9 auf dem Vorjahresniveau.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von EUR 171,9 Mio. leicht unter dem Vorjahresniveau (2008: EUR 174,8 Mio.). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert. Die Schwankungen sind stichtagsbedingt.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** wurde im Berichtsjahr um 6,2 % auf EUR 17,4 Mio. erhöht. Dies war durch weitere Investitionen in Software im Zusammenhang mit den Systemen SAP und Datawarehouse sowie zur SEPA-Einführung begründet.

Der Buchwert für **Sachanlagen** stieg um 1,4 % auf EUR 25,0 Mio. Planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude standen hier Neuinvestitionen vor allem in die Betriebs- und Geschäftsausstattung der neuen Räumlichkeiten der Geschäftsstelle Köln, einiger Zentralabteilungen und der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH gegenüber.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** verbuchten stichtagsbedingt eine Steigerung um 11,8 % auf EUR 10,8 Mio.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden im Geschäftsjahr 2009 um 10,9 % auf EUR 1.763,7 Mio. erhöht. Die Aufstockung resultiert zum größten Teil aus Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank zur Refinanzierung der gestiegenen Kundenforderungen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen um 9,1 % auf EUR 3.448,4 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf täglich fällige Einlagen (+ 54,7 % auf EUR 2.162,6 Mio.). Bei den Festgeldern war ein Rückgang um 27,6 % auf EUR 1.230,6 Mio. zu verzeichnen. Die hohen Volumina im täglich fälligen Bereich sind auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Zum einen verdeutlichen sie den traditionell hohen Liquiditätsbedarf der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Zum anderen gab es im Bereich der täglich fälligen Einlagen in erheblichem Umfang Umschichtungen von Festgeldern sowie Abschlüsse im Neugeschäft. Dazu hat wesentlich das infolge der Finanzmarktkrise sehr niedrige Zinsniveau im kurzfristigen Bereich beigetragen.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** verringerten sich im Vorjahresvergleich um 88,8 % auf EUR 1,2 Mio. Das ist vorrangig auf Fälligkeiten der bankeigenen Schuldverschreibungen zurückzuführen.

Die **Rückstellungen** wurden um 76,4 % auf EUR 38,8 Mio. aufgestockt. Hier wurden vor allem neue Steuer-rückstellungen in Höhe von EUR 15,7 Mio. gebildet.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** wurden zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals um 42,9 % auf EUR 76,5 Mio. erhöht.

Das **Genussrechtskapital** verblieb mit EUR 26,7 Mio. auf dem Niveau des Vorjahres.

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** und die **Kapitalrücklage** blieben im Berichtsjahr konstant bei EUR 36,4 Mio. bzw. EUR 43,3 Mio.

Die **Gewinnrücklage** ist um TEUR 18.100 auf TEUR 93.600 erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2008 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung dieses Bilanzgewinns beträgt damit EUR 173,3 Mio.

Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserve zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 7.925 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 1,83 (Mindestwert 1,00).

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge in Höhe von TEUR 103.921 konnte im Vergleich zum Vorjahr um 13,8 % gesteigert werden. Dieses Ergebnis ist vor allem auf erfreuliche Ergebnisse im Kundengeschäft sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite zurückzuführen. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch

günstige Refinanzierungsbedingungen und ein niedriges Zinsniveau.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen erhöhten sich um 38,2 % auf TEUR 2.671. Das ist vorrangig auf die positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaft bzw. der verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Das Provisionsergebnis ist um 12,0 % auf TEUR 4.622 gestiegen. Durch die gewachsenen Volumina im Kundengeschäft haben sich die Provisionserträge stärker erhöht als die Provisionsaufwendungen. Das ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Kunden im Vergleich zum Vorjahr wieder verstärkt Anlagen in Wertpapiere getätigt haben. Dazu hat vor allem das sehr niedrige Zinsniveau im kurzfristigen Bereich beigetragen.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 12,5 % auf TEUR 41.541 gewachsen. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 7,5 % auf TEUR 24.941. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 21,0 % auf TEUR 16.600. Die Kosten entfielen im Wesentlichen auf die externe Unterstützung verschiedener Projekte im Rahmen der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und zur weiteren Optimierung des Einsatzes von SAP.

Das Betriebsergebnis konnte im Vergleich zum Vorjahr um 15,7 % auf TEUR 66.307 erneut deutlich gesteigert werden.

Im Berichtsjahr hat sich die traditionelle Anlagepolitik der Bank für Sozialwirtschaft AG und ihre Strategie, Wertpapiere bis zur Fälligkeit zu halten, sehr positiv auf das Bewertungsergebnis ausgewirkt. Im Geschäftsjahr 2008 mussten in Folge der Finanzmarktkrise Abschreibungen auf Wertpapiere vorgenommen werden. Als reine Buchverluste konnten diese jedoch durch 100%ige Rückzahlungen bei Fälligkeit und durch eine wieder positivere Bewertung der Adressrisiken im Geschäftsjahr 2009 zurückgeführt und in den Bereich der Zuschreibung gewendet werden. Im Kreditgeschäft wurde

erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der Sozialen Sicherungssysteme muss mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als früher. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Das Bewertungsergebnis belief sich insgesamt auf TEUR 7.648. Der wesentliche Anteil hiervon entfiel auf Zuschreibungen auf Wertpapiere.

Die gewinnabhängigen Steuern stiegen aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung um TEUR 14.708 auf TEUR 22.520.

Der Jahresüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 28.444 und liegt für das Geschäftsjahr 2009 bei TEUR 51.434.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 44,4 Mio. in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 7,0 Mio. an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des sehr guten Geschäftsergebnisses 2009 soll eine Dividende in Höhe von EUR 7,00 pro Stammaktie (wie Vorjahr) sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von EUR 3,00 pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 36.359,37 angesetzt werden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie

zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG insbesondere in Form von Adressenausfall- und Marktpreisrisiken. Das Liquiditätsrisiko ist für die Bank für Sozialwirtschaft AG von untergeordneter Bedeutung, da das Institut aufgrund seiner kontinuierlichen Geschäftspolitik langjährige Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Partnerbanken unterhält. Auch während der Finanzmarktkrise war durch die gute Bonität der BFS am Bankenmarkt und eine ausreichende Zahl von Linien die Liquidität jederzeit gesichert. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG keine Rolle, da sich die Kreditvergabe an Kreditnehmer der öffentlichen Hand ausschließlich auf das Bundesgebiet erstreckt.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in

Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf Kursrisiken im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sicher gestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt

werden. Art, Umfang und Risikopotential der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlsrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch die Abteilung Treasury der Bank gewährleistet. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Während der Finanzmarktkrise haben sich die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bisher als relativ krisenresistent erwiesen. Dabei spielte der aktuell noch hohe Anteil an Finanzierung durch die öffentliche Hand und die Sozialen Sicherungssysteme ebenso eine Rolle wie die relativ konjunkturunabhängige Nachfrage. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Hierbei spielen die zu erwartenden weiteren Reformen der Sozialen Sicherungssysteme ebenso eine Rolle wie die im Rahmen der Finanzmarktkrise noch einmal gestiegene Verschuldung der öffentlichen Haushalte.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung von Leistungen des Sozial- und Gesundheitswesens fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst unter anderem der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zudem steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Daher werden die bereits etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der zu finanzierenden Unternehmen immer weiter verfeinert und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank über die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kontinuierlich in Kenntnis gesetzt. Ziel ist es, nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorzunehmen.

men, sondern auch durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung zu begründen. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum. Im Kreditgeschäft wird dies durch die ausreichende Eigenkapitalausstattung der Bank ermöglicht.

Es ist damit zu rechnen, dass die Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen wird, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Im Berichtsjahr hat die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen, weiter verfolgt. Im Herbst 2009 wurde der von der Bank in 2008 aufgelegte bundesweit erste Mezzanine-Fonds geschlossen, der für die Bedarfe der Sozial- und Gesundheitswirtschaft maßgeschneidert worden war. Die Auflage eines zweiten BFS Mezzanine-Fonds ist für den Frühsommer 2010 geplant.

Die zunehmende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele führt dazu, dass der Liquiditätsbedarf in Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft stetig zunimmt. Der dadurch steigenden Nachfrage nach einer flexiblen Vorfinanzierung von Forderungen begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG über ihre Tochtergesellschaft BFS Service GmbH seit einigen Jahren sehr erfolgreich mit dem Angebot eines unechten Factoring (Online-Factoring). Im Geschäftsjahr 2010 wird dieses Angebot um ein echtes Factoring in Form von Vorfinanzierungs- und Abrechnungsdienstleistungen ergänzt. Damit sollen Kunden angesprochen werden, die über Abrechnungszentren abrechnen wollen. Realisiert wird dieses Angebot über die Beteiligung der BFS Service GmbH an einer Abrechnungsgesellschaft.

Im Anlagegeschäft steht eine Beratung auf der Basis der gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund, die für die meisten Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG gelten. Die hier überwiegend nachgefragte risikoavers orientierte Anlageberatung

erlebt im Zuge der Finanzmarktkrise eine Renaissance. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass das stark gewachsene Potential risikoavers orientierter Anleger mittelfristig gute Wachstumschancen in diesem Feld mit sich bringen wird.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, aber nicht grundsätzlich verändert wird. Hierzu gehört auch die ständige Weiterentwicklung der informationstechnologischen Arbeitsbasis. So wurde im Berichtsjahr zur Optimierung der bankinternen Prozesse und der aktiven Vertriebssteuerung das Customer Relationship Management-System von SAP (SAP CRM) eingeführt. Langfristiges Ziel ist es, einen großen Teil der heute noch papierhaften Prozesse über SAP CRM elektronisch abzubilden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 31. März 2010

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt
Dietmar Krüger
Prof. Dr. Arnd Verleger



Ulf Hartmann

Im Sommer 2009 wurde die Bürgerstiftung Rheinhessen gegründet. Sie hat das Ziel, Projekte für Alleinerziehende mit behinderten Kindern zu unterstützen. Gründungsmitglied und tatkräftiger Motor der Bürgerstiftung ist Ulf Hartmann, Direktor unserer Geschäftsstelle Mainz.

Unseren Unternehmenserfolg im Geschäftsjahr 2009 verdanken wir nicht nur dem anhaltend hohen Vertrauen unserer Kunden und Aktionäre, sondern vor allem dem großen Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Vorstand blickt mit Respekt und Stolz auf die hohe Leistungsbereitschaft und das gezeigte Engagement.

Ebenso gilt sein Dank der konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmervertretung. Alle personellen und sozialen Angelegenheiten wurden offen erörtert sowie zielorientiert umgesetzt.

Steigende Mitarbeiterzahl und geringe Fluktuation

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am 31. Dezember 2009 ist im Vorjahresvergleich um 9 auf 305 gestiegen. Diese Steigerung sowie die gleich bleibend geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Auch im laufenden Geschäftsjahr rechnen wir mit einem weiteren Anstieg unserer Mitarbeiterzahl.

Auf die Förderung des eigenen Nachwuchses legen wir traditionell besonderen Wert. Zum Ende des Geschäftsjahres 2009 befanden sich insgesamt sechs Auszubildende im Berufsbild Bankkaufmann in der Ausbildung. Allen Auszubildenden, die im Jahr 2009 einen Abschluss erlangten, haben wir ein Angebot zur Festanstellung unterbreitet.

Der Anteil der weiblichen und männlichen Beschäftigten teilt sich hälftig auf. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter spiegelt sich in der hohen Betriebstreue wider. Die Mitarbeiterfluktuation liegt mit 5 % deutlich unter dem Branchendurchschnitt. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. Erneut konnten 2009 eine Reihe von 10-, 25-, und 30-jährigen Betriebsjubiläen begangen werden. Die große Zahl an Jubiläen nehmen wir als Hinweis dafür, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Unternehmen wohl fühlen und sich gern und mit großer Treue für die Bank einsetzen.

Diese Betriebstreue ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und ander-

seits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Schwerpunkte der Personalentwicklung

Die Kompetenz unserer Bank beruht auf dem Know-how, dem Qualitätsbewusstsein und der Motivation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unsere Kunden bestätigen dies täglich.

Wie in den Vorjahren haben wir daher auch im Jahr 2009 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Hier lag der Fokus auf fachlichen Qualifizierungsmaßnahmen, Coaching sowie Führungskräfteentwicklung und -beratung.

Die speziellen Charakteristika der Sozial- und Gesundheitswirtschaft fordern von unseren Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes. Diese Kenntnisse beziehen sich nicht allein auf finanzwirtschaftliche Aspekte. Auch sind betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demographische Prozesse analytisch zu verknüpfen, damit unseren Kunden passgenaue Finanzierungsmodelle empfohlen werden können.

Um die Kenntnisse unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu stets aktuell zu halten, sieht unser Personalentwicklungskonzept neben Basisfortbildungen regelmäßige „Fresh-up-Seminare“ zu relevanten Neuerungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft vor.

Nach Einführung der Studienförderung im Jahr 2008 haben zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit genutzt, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Globalisierung und europäische Vernetzung werden auch in unserem Marktsegment immer deutlicher spürbar. Unsere Kunden sind teilweise international agierende Organisationen; einheitliche europäische Zahlungsverkehrssysteme werden Pflicht; ausländische Marktteilnehmer zeigen Interesse an Kooperationen mit unseren Kunden. Um auch hier stets ein kompetenter Partner zu sein, haben wir in 2009 für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Englischkurse in Kooperation mit einer renommierten Sprachenschule konzipiert und durchgeführt. Diese Qualifizierungsmaßnahme wurde mit großem Interesse und Engagement angenommen, so dass wir Aufbau-seminare für das laufende Jahr bereits fest eingeplant haben. Zudem planen wir nach Abschluss der Präsenzveranstaltungen ein intranetbasiertes Schulungsprogramm, damit die erlernten Sprachkenntnisse wiederholt und verbessert werden können.

Präventive Gesundheitsförderung

Nicht nur die geistige Fitness unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist uns sehr wichtig. Ebenso liegen uns deren körperliche Gesundheit und ihr Wohlbefinden in unserem Unternehmen am Herzen. Im Rahmen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements haben wir erneut Informationsveranstaltungen zu gesunder Ernährung, Prävention gegen Rückenleiden und Herz-Kreislauferkrankungen mit unterschiedlichen Kooperationspartnern durchgeführt. Darüber hinaus bieten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an mehreren Standorten Rückenmassagen und –gymnastik an.

Gesellschaftliches Engagement

Das aktive gesellschaftliche Engagement unserer Mitarbeiter zu fördern, betrachten wir als Verpflichtung. Viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter absolvieren ehrenamtliche Tätigkeiten in sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Die zeigen unter anderem die Bilder in diesem Geschäftsbericht.

Familienbewusste Personalpolitik

Gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Elternzeit erarbeiten wir Arbeitsbedingungen

und Arbeitszeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit an, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dadurch die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen nach der Elternzeit realisiert, was durch eine flexible Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird.

Flexible Arbeitszeitregelungen

Bereits seit einigen Jahren arbeiten wir mit einem Vertrauensarbeitszeitmodell. Es ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und erleichtert es ihnen, private Zeitanforderungen zu erfüllen. Zudem gibt es die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Für die Bank hat dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus bieten wir interessierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen gleitenden Übergang in den Ruhestand an. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von den betriebspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter, die über 55 Jahre alt sind, können ihre Arbeitszeit nach verschiedenen Modellen reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.



Petra Wiesner

hat sich von ihrer Tätigkeit als Finanzierungsberaterin in der Geschäftsstelle Essen für vier Monate freistellen lassen, um sich in dieser Zeit ehrenamtlich der Entwicklungshilfe zu widmen. Sie unterstützte in Argentinien eine Altenwohngemeinschaft und hat von dort wertvolle Impulse und Lebenserfahrungen mitgebracht.

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2009 ihr Wachstum weiter beschleunigt. Zum dritten Mal in Folge konnte sie das beste Ergebnis in ihrer Unternehmensgeschichte erzielen: Der Umsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 % auf knapp EUR 6,2 Mio. Der Gewinn konnte auf EUR 2,3 Mio. gesteigert werden (+ 39 %). Das hervorragende Ergebnis ist erneut vor allem darauf zurückzuführen, dass das Angebot des Factorings von einer konstant zunehmenden Zahl von Kunden in Anspruch genommen wird.

Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist in den letzten Jahren das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH geworden. Der Liquiditätsbedarf in Unternehmen der Sozialwirtschaft nimmt seit Jahren stetig zu. Dazu trägt vor allem die wachsende Tendenz der Kostenträger zu einer Verlängerung der Zahlungsziele bei. Dieser Entwicklung begegnet die BFS Service GmbH mit einem flexiblen Leistungspaket, das auf die Bedürfnisse der einzelnen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, etc.) zugeschnitten ist.

Im Geschäftsjahr 2009 haben sich die im Vorjahr umgesetzten Erweiterungen des Factoring-Angebots am Markt bewähren können: Das in Kooperation mit externen Partnern durchgeführte integrative Online-Factoring für Sanitätshäuser, Orthopädieschuhmacher, Reha- und Medizintechnikanbieter stieß bei den Adressaten auf eine sehr positive Resonanz.

Laut Jahressteuergesetz 2009 ist die BFS Service GmbH als Finanzdienstleister gemäß § 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 9 KWG eingestuft worden. Dadurch bestehen aufsichtsrechtliche Pflichten, die von den Zentralabteilungen der Bank für Sozialwirtschaft AG wahrgenommen werden und über Auslagerungsverträge geregelt wurden.

Fortbildung

Ihre Marktposition als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozialwirtschaft konnte die BFS Service GmbH im Berichtsjahr weiter festigen. Insbesondere die Seminare zu den Rechten und Pflichten von Geschäftsführern und Prokuristen in der steuerbegünstigten GmbH, zu Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen, zu Jahresabschluss und Umsatzsteuerrecht waren sehr gut besucht.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen und praxisorientiert in Einzelfragestellungen umsetzen. Darin wird sie seit vielen Jahren durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozialwirtschaft verfolgen.

Betriebsvergleiche

Seit vielen Jahren gehören zum Angebot der BFS Service GmbH Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das seit einigen Jahren durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotentiale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

Ausblick

Die BFS Service GmbH hat sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt. Ein weiteres Wachstum

strebt sie durch eine stärkere Ausdifferenzierung ihrer Angebote an.

Insbesondere im Bereich Factoring erwartet sie aufgrund der geringer werdenden finanziellen Spielräume der Unternehmen und Einrichtungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft einen weiter steigenden Bedarf. Dementsprechend baut sie ihr Angebot in diesem Feld sukzessive aus.

Seit dem 1. März 2010 bietet die BFS Service GmbH Abrechnungsleistungen für Pflegedienste und Sozialstationen an. Um dies zu realisieren, hat sie einen Joint-Venture Vertrag mit der MediFox GmbH & Co. KG, Hildesheim, abgeschlossen. Die MediFox GmbH ist der marktführende Softwareanbieter im Bereich der ambulanten Pflege. Beide Unternehmen gemeinsam betreiben die BFS Abrechnungs GmbH. Die Dienstleistungen der neuen Gesellschaft richten sich an Träger mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen.

Zudem ist für das laufende Geschäftsjahr eine vereinfachte Abwicklung des integrativen Online-Factorings für Sanitätshäuser, Orthopädieschuhmacher, Reha- und Medizintechnikanbieter geplant, die den Anforderungen dieser Branchen noch besser gerecht wird.

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin sehr positiv ein.

IS Immobilien-Service GmbH

Im Geschäftsjahr 2009 verzeichnete die IS Immobilien-Service GmbH die höchste Leistungserbringung seit ihrer Gründung im Jahr 1991. Die große Nachfrage nach den Dienstleistungen des Unternehmens führte zu einer deutlichen Steigerung des Jahresüberschusses. Dieser betrug für 2009 TEUR 459, nach TEUR 407 im Vorjahr. Die positive Entwicklung der IS Immobilien-Service GmbH steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem starken Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG:

Die IS Immobilien-Service GmbH erzielt einen großen Teil ihrer Erträge mit Analysen, die eine zuverlässige Einschätzung der Zukunftsfähigkeit von Investitionsvorhaben ermöglicht. Diese Einschätzung ist sowohl für die Investoren selbst als auch für die finanzierenden Banken im Zuge der Finanzmarktkrise noch wichtiger geworden als vorher.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Entscheidend für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg von Pflegeimmobilien ist vor dem Hintergrund einer vielerorts bereits bestehenden Marktsättigung die Wettbewerbsfähigkeit eines Projektes. Diese prüft die IS Immobilien-Service GmbH im Rahmen ihrer Standort- und Wettbewerbsanalyse detailliert. Durchleuchtet werden u. a. das Pflegekonzept, dessen Passgenauigkeit zur architektonischen Planung und die Stellung des Betreibers am Markt. Die Zahl der analysierten Finanzierungsvorhaben hat in 2009 deutlich zugenommen: Es wurden 120 Standort- und Wettbewerbsanalysen durchgeführt – nach 90 im Geschäftsjahr 2008.

Um ihren differenzierten Einblick in die regionalen Märkte noch zu stärken und die Zuverlässigkeit der Analysen weiter zu erhöhen, arbeitet die IS Immobilien-Service GmbH an einer ständigen Verbesserung der Standort- und Wettbewerbsanalyse. So wurde im Geschäftsjahr 2009 ein datenbankbasiertes Analysetool eingeführt. Dadurch kann zum einen die statistische Datenbasis für neue Projekte schneller aufbereitet werden. Zum anderen sind darüber die wesentlichen Ergebnisse aller bereits analysierten Projekte verfügbar, so dass die vorhandenen Kenntnisse noch effektiver für den laufenden Analyseprozess genutzt werden können.

Im laufenden Geschäftsjahr soll die Systematik der Bedarfsermittlung noch spezifischer als bisher an regionale Gegebenheiten angepasst werden. Um dieses Ziel umzusetzen, kooperiert die IS Immobilien-Service GmbH mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie, einem Institut an der Universität Dortmund. Das Vorhaben soll Mitte 2010 abgeschlossen sein. In Verbindung mit dem datenbankbasierten Analysetool wird die

Standort- und Wettbewerbsanalyse dann verschiedene Qualitätsmerkmale aufweisen, die sie von Angeboten der Wettbewerber unnachahmlich unterscheidet.

Beleihungswertgutachten

Auch im Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten konnte die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2009 starke Zuwächse verbuchen. Insgesamt wurden 240 Gutachten zum Sicherheitenwert von geplanten Objekten und Bestandsimmobilien durchgeführt (2008: ca. 200). Die Beleihungswertgutachten der IS Immobilien-Service GmbH zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Spezifika der Sozialwirtschaft berücksichtigen, die sich u. a. aus dem Spannungsverhältnis zwischen zweckgebundenen räumlichen Konzeptionen, der Einbeziehung öffentlicher Kostenträger und der häufig ideellen Ausrichtung der Bauherren und Betreiber ergeben. Da die hohe Nachfrage nach Beleihungswertgutachten als anhaltend eingeschätzt wird, hat die IS Immobilien-Service GmbH in 2009 ihren externen Gutachterpool erweitert. Im Januar 2010 wurde zudem die datenbankbasierte Erstellung der Gutachten im Rahmen eines Releasewechsels verschlankt und zugleich die Übersichtlichkeit des Endprodukts für die Anwender erhöht.

Pflegeimmobilienfonds A.B. SANIGA

Als Berater des Fondsmanagements für den Pflegeheimfonds A.B. SANIGA der Aachener Grundvermögen Kapitalanlagegesellschaft mbH hat die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr ein neues Objekt mit einem Gesamtvolumen von EUR 4,3 Mio. vermittelt. Zudem war sie in die Projektentwicklung eingebunden, die der A.B. SANIGA für ihre Hauptzielgruppe der katholischen Träger durchführt. Hier sollen 2010 zwei Projekte realisiert werden.

BFS Mezzanine Fonds

Knapp zwei Monate vor Ende der Emissionsfrist am 31. Dezember 2009 konnte der erste BFS Mezzanine Fonds geschlossen werden, für den die IS Immobilien-Service GmbH im Auftrag der Bank für Sozialwirtschaft AG die Geschäftsführung übernommen hatte. Der Fonds hat ein Gesamtvolumen von EUR 6 Mio. erreicht. Er hat über Genussrechte in sozialwirtschaftliche Unternehmen investiert. Anlegern wurde eine Kommanditbeteiligung in einem geschlossenen vermögensverwaltenden Fonds angeboten.

Das Angebot des BFS Mezzanine Fonds, Eigenkapital für Finanzierungsvorhaben zu generieren, wurde vom Vertriebsbeginn an (Sommer 2008) gut angenommen. Dagegen gestaltete sich die Akquisition von Kommanditkapital durch die Verunsicherung der Anleger in Folge der Finanzmarktkrise längere Zeit schwierig. Erst gegen Ende des Emissionszeitraums setzte sich auf der Anlegerseite zunehmend eine positive Bewertung der attraktiven Rendite-Risiko-Relation des Fonds durch. Die Nachfrage überstieg letztlich das noch ausstehende Fondsvolumen, so dass nicht mehr alle Anleger zum Zuge kommen konnten.

Nach diesem erfolgreichen Abschluss ist nun die Auflage eines zweiten, in gleicher Weise ausgestalteten BFS Mezzanine Fonds für den Frühsommer 2010 geplant.

Ausblick

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben bei der IS Immobilien-Service GmbH zu einem starken Anstieg der Nachfrage geführt, der auch in 2010 anhält. Daher erwartet das Unternehmen eine weiter positive Entwicklung und eine Steigerung des Geschäftsergebnisses für 2010.



Joachim Baum

trainiert in seiner Freizeit die Jugend-Fußballmannschaft des SC Germania Geyen, die in der zweithöchsten Jugendliga spielt. Bei der Bank für Sozialwirtschaft ist er in der Kölner Zentrale als Vermögensberater im Wertpapierbereich und als Betriebsrat aktiv.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Der Jahresabschluss 2009 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG,

Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

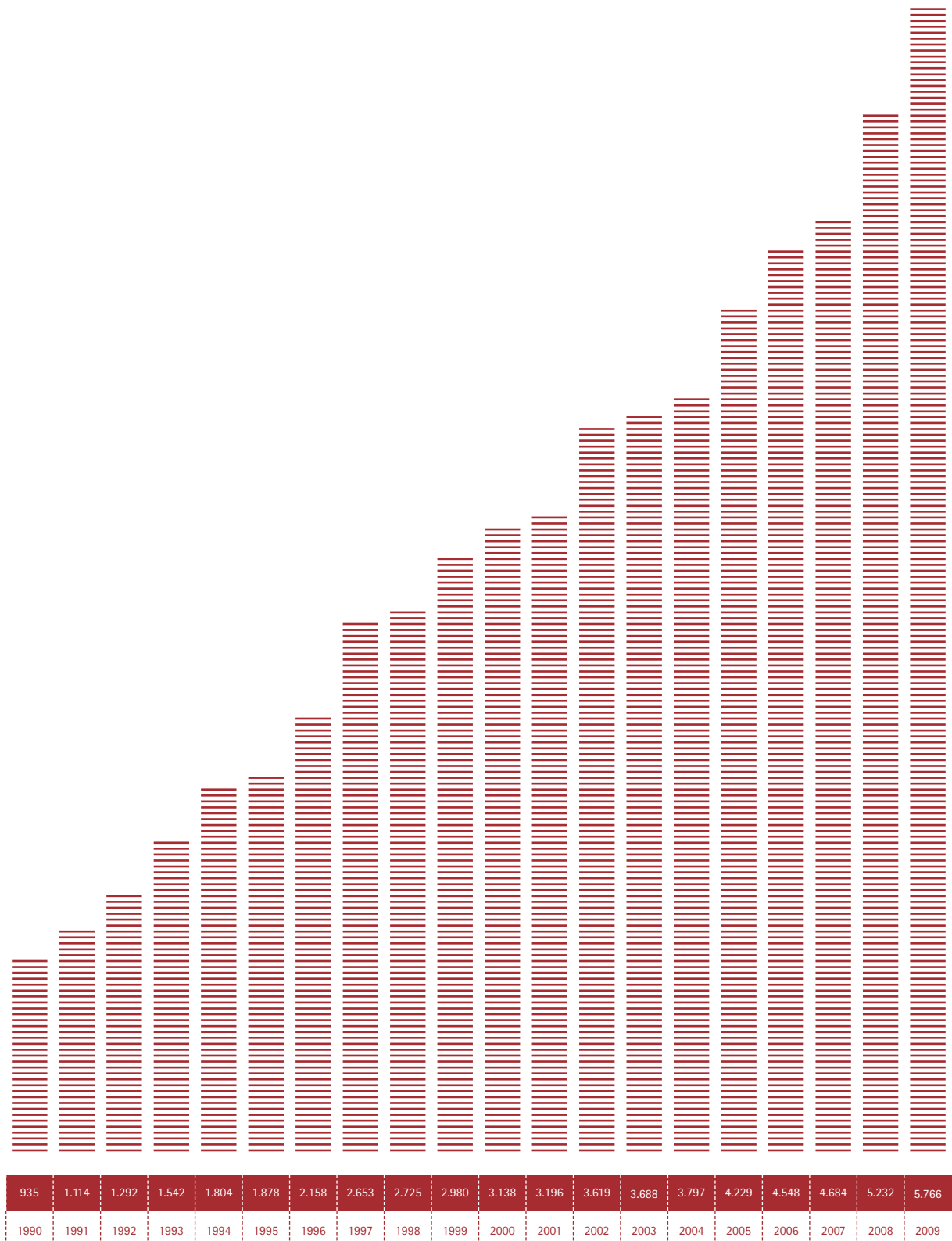
Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2009. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 4. Mai 2010

Der Aufsichtsrat

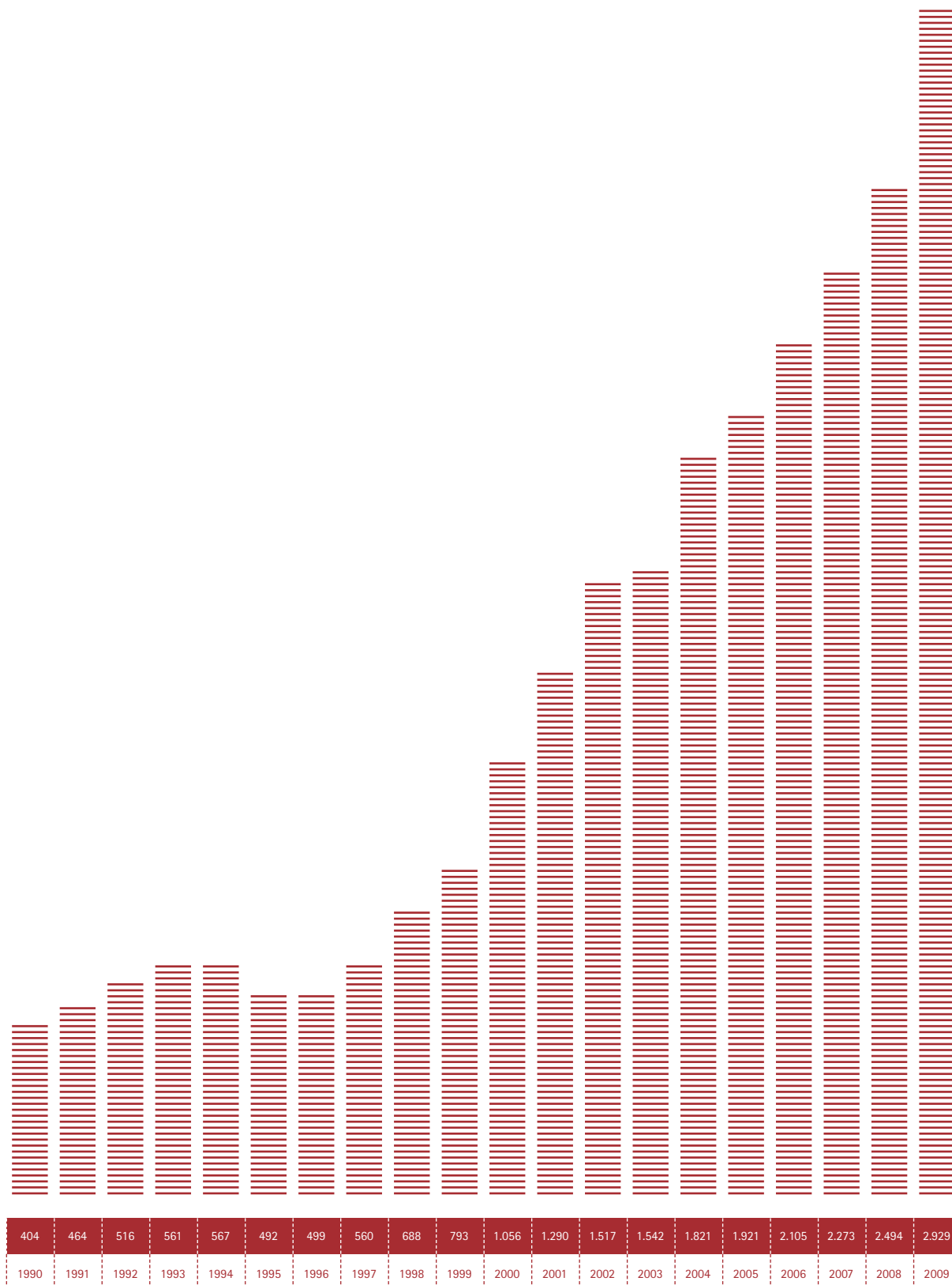
GB 2009

Bilanzsumme



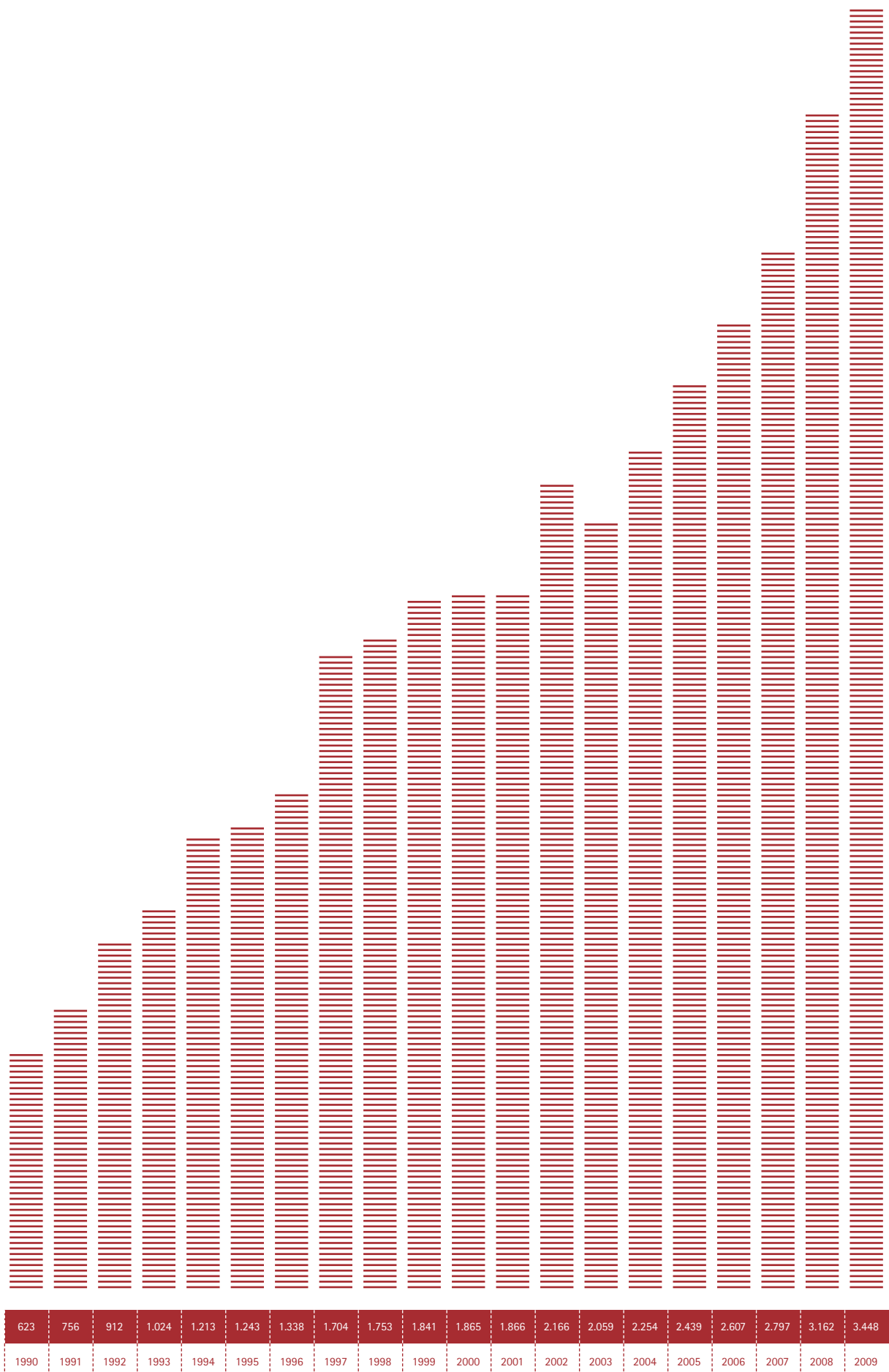
GB 2009

Kundenkredite



GB 2009

Kundeneinlagen



GB 2009

Jahresbilanz 2009

zum 31. Dezember 2009 der
Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft,
Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		654.003,22		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	16.857.621,38	<u>16.857.621,38</u>	17.511.624,60	55.811
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
b) Wechsel		-,-	-,-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.064.522,66		
b) andere Forderungen		<u>29.492.625,78</u>	31.557.148,44	31.173
4. Forderungen an Kunden			2.928.747.365,61	2.494.237
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	782.860.059,90			(699.632)
Kommunalkredite	21.504.950,60			(24.354)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		570.823.270,61		468.740
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	570.823.270,61			(468.740)
bb) von anderen Emittenten		1.891.559.502,82		1.852.993
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.862.112.805,57			(1.823.123)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	2.462.382.773,43	551
Nennbetrag	-,-			(551)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			85.078.118,45	84.040
7. Beteiligungen			-,-	3.207
darunter: an Kreditinstituten	-,-			(514)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.991.928,67	10.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	500.000,00			-
9. Treuhandvermögen			171.883.665,71	174.786
darunter: Treuhandkredite	171.883.665,71			(174.786)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		-,-	-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			17.375.890,25	16.364
12. Sachanlagen			25.000.315,95	24.656
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			-,-	-
darunter: eingefordert	-,-			
14. Eigene Aktien oder Anteile			-,-	-
Nennbetrag	-,-			
15. Sonstige Vermögensgegenstände			10.756.799,75	9.625
16. Rechnungsabgrenzungsposten			4.681.928,66	4.947
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			5.765.967.559,52	5.232.122

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		164.927.774,55			115.956
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.598.742.658,17</u>	1.763.670.432,72		1.474.498
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	49.767.323,41				57.941
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>5.508.345,43</u>	55.275.668,84			6.026
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	2.162.548.668,68				1.397.604
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.230.613.751,25</u>	<u>3.393.162.419,93</u>	3.448.438.088,77		1.700.076
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		1.150.260,58			10.270
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>---</u>	1.150.260,58		-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
4. Treuhandverbindlichkeiten			171.883.665,71		174.786
darunter: Treuhandkredite	171.883.665,71				(174.786)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.841.602,62		3.328
6. Rechnungsabgrenzungsposten			6.101.216,96		6.040
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.111.024,00			6.660
b) Steuerrückstellungen		15.703.000,00			0
c) andere Rückstellungen		<u>16.014.393,81</u>	38.828.417,81		15.355
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			76.454.286,53		53.517
10. Genussrechtskapital			26.700.000,00		26.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				
11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.200.000,00		5.200
11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung			-,-		-
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		36.400.000,00			36.400
b) Kapitalrücklage		43.263.228,45			43.263
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	-,-				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	-,-				-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>93.600.000,00</u>	93.600.000,00			75.500
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		<u>51.436.359,37</u>	224.699.587,82		23.002
Summe der Passiva			5.765.967.559,52		5.232.122
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-			-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen		65.037.112,91			56.525
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>---</u>	65.037.112,91		
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-			-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-			-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>391.898.338,70</u>	391.898.338,70		220.777

für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009
der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft,
Berlin und Köln

GB 2009

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln
für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	144.589.295,49			146.122
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	<u>72.812.940,79</u>			93.798
		217.402.236,28		239.920
2. Zinsaufwendungen		<u>116.854.565,31</u>		<u>162.229</u>
		100.547.670,97		77.691
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.103.919,97		13.363
b) Beteiligungen		<u>26.414,20</u>		42
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>242.672,47</u>	3.373.006,64	243
4. Erträge aus Gewinnbeteiligungen, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.671.202,94	1.933
5. Provisionserträge		7.601.965,29		6.419
6. Provisionsaufwendungen		<u>2.980.232,41</u>		2.292
		4.621.732,88		
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			-,-,-	-
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			129,60	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.002.319,76	2.355
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-,-	-,-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	20.513.606,04			18.680
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 1.657.223,57	<u>4.427.094,59</u>	24.940.700,63		4.519
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>16.600.365,87</u>	41.541.066,50	(1.791)
				13.715
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.529.245,41	4.440
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			781.951,59	1.045
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-,-		26.497
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>7.647.957,12</u>	7.647.957,12	-
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-,-,-		-

16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	-	-	-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-	-
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	-	-	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	74.011.497,21	30.858	
20. Außerordentliche Erträge	-	-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-	-	-
22. Außerordentliches Ergebnis	-	-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	22.519.504,46	7.812	
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	57.831,14	22.577.335,60	56
25. Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
26. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-	-
27. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-
28. Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-
29. Jahresüberschuss	51.434.161,61	22.990	
30. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	18.102.197,76	19.212	
31. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	69.536.359,37	42.202	-
32. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	69.536.359,37	42.202	
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-	-
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	-	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-	-	-
33. Entnahmen aus Genusssrechtskapital	69.536.359,37	42.202	-
34. Einstellungen in Gewinnrücklagen	69.536.359,37	42.202	
a) in die gesetzliche Rücklage	-	-	-
b) in die Rücklage für eigene Anteile	-	-	-
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-	-	-
d) in andere Gewinnrücklagen	18.100.000,00	19.200	
35. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals	51.436.359,37	23.002	-
36. Bilanzgewinn	51.436.359,37	23.002	

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 ist nach den Vorschriften der §§ 264 bis 288, 340 bis 340h HGB sowie den ergänzenden Vorschriften der RechKredV und der Satzung erstellt worden. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach der Staffelform gem. RechKredV aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % wurden in die Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände umgegliedert.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: Nichtrealisierte Verluste eines Geschäftes wurden mit angefallenen nichtrealisierten Gewinnen des anderen Geschäftes verrechnet. Abschreibungen oder Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2009 (volle Euro)

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	23.502.490	44.123.208	16.938.979	84.564.677
Zugänge	3.453.227	-	2.567.269	6.020.496
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	26.031	-	-26.031	-
Abgänge	-	-	1.267.768	1.267.768
Abschreibungen kumuliert	9.605.858	24.409.850	12.925.492	46.941.200
Buchwerte am Bilanzstichtag	17.375.890	19.713.358	5.286.958	42.376.206
Abschreibungen Geschäftsjahr	2.440.854	1.012.619	1.075.772	4.529.245

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 48.787 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten 31.12.2008	7.578.767	-	10.991.929	18.570.696
Zugänge	-	-	-	-
Anschaffungskosten 31.12.2009	7.578.767	-	10.991.929	18.570.696
Buchwerte am Bilanzstichtag	7.578.767	-	10.991.929	18.570.696
Anschaffungs- und Herstellungskosten - Summe a und b -				107.888.102
Buchwerte am Bilanzstichtag - Summe a und b -				60.946.902

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	1.393.089	23.750	28.075.787	-
Forderungen an Kunden (A 4)	99.803.598	159.746.623	448.900.947	2.060.257.243

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 160.038.953 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	171.747.255
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	167.114.650

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen Vorjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Geschäftsjahr	Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen Vorjahr
in EUR				
Forderungen an Kunden (A 4)	9.357.996	9.773.491	2.287.899	11.518.923

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: Euro 5.946.012).

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	2.462.382.773	2.457.609.524	4.773.249	4.773.249
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	42.062.060	22.893.523	19.168.537	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Anleihen und Schuldverschreibungen** entfallen Euro 4.773.249 auf Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr Euro 4.773.249). In Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von Euro 2.648.750 (Vorjahr 2.648.750) enthalten.

- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz		Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
		%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt	• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2009	500	2009	-
	• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2009	13.755	2008	-169
Indirekt	• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2009	520	2009	459
	• AGO Betriebsges.f.Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2009	27	2008	716
	• IM Immobilien Et Management Drei GmbH, Köln	100,0	2009	25	2008	- 1
	• IM Immobilien Et Management Vier GmbH, Köln	33,3	2009	- 280	2008	4
	• IM Immobilien Et Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2009	25	2008	5

Der Gewinn 2009 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von Euro 2.671.202 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochter-Gesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und –verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	171.883.665
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	194.635
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	171.689.030

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von Euro 171.689.030 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen Euro 194.635.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	19.713.358
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.286.958

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	1.948.031
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	2.679.334
Steuererstattungsansprüche	2.842.270
Anteile an der WGZ-Beteiligungs-GmbH	2.328.400

- Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagjobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von Euro 3.520.687 (Vorjahr Euro 3.666.585) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von Euro 297.846 (Vorjahr Euro 364.034).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	236.793.849	296.239.460	262.861.270	802.848.079
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	-	4.465.253	1.043.092	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	925.451.761	260.568.890	27.251.390	17.341.710

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr Euro 641.413 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 3.379.103.018 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 1.443.041.316.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
noch nicht beglichene Rechnungen	616.651
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	5.266
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	349.948
Zinsanteile für Genussrechte	1.369.410
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	99.062
Steuerverbindlichkeiten	277.790

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 6.062.436 (Vorjahr Euro 5.953.257) enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von Euro 3.233.391 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
8.000.000	Euro	4,09 %	20.10.2015
8.000.000	Euro	5,00 %	18.03.2019
9.550.000	Euro	4,50 %	20.12.2019

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das **Genussrechtskapital** der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	Nennbetrag
Emission 2002	4.000.000
Emission 2005	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	-	34.519
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.644.700	2.501.968	5.545.928	7.229.881

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank

sind die folgenden **Eventualverbindlichkeiten** (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen Euro 65.037.113

sind die folgenden **„Anderen Verpflichtungen“** (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):

Unwiderrufliche Kreditzusagen Euro 391.898.339

II Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.489.809
Wertpapiergeschäft	3.625.887

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge in EUR	
Auflösung sonstige Rückstellungen	159.697
Miet- und Pachterträge	1.230.467

sonstige betriebliche Aufwendungen in EUR	
Zuführung sonstige Rückstellung	510.000

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.650 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.649). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogenen Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2009 in Mio. EUR				Nominalbetrag		beizulegender Zeitwert
Zinsbezogene Geschäfte	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	Summe	negativ (-)	
OTC Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	63	505	260	827	-29,4	
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	3	45	48	5,7	

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich für
 - a) die Abschlussprüfungsleistungen auf EUR 121.380
 - b) andere Prüfungsleistungen auf EUR 23.824
- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2009 maximal Euro 7.924.922 betragen. Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2009 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2009 **Pensionsrückstellungen** in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von Euro 1.911.936. Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung Euro 105.408, für die des Beirates Euro 5.818.

- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	128.149
Mitglieder des Aufsichtsrates	-
Mitglieder des Beirates	20.462.947

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen bestehen in Höhe von Euro 13,6 Mio. aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen. Diese betreffen überwiegend die angemieteten Geschäftsräume und wesentliche Teile der EDV-Anlage.
- Die Zahl der 2009 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	Prokuristen	4	-
	Handlungsbevollmächtigte	5	-
	Angestellte	228	55
		237	55
Gewerbliche Mitarbeiter		2	11
		239	66

Außerdem wurden durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt.

- Das **Grundkapital** ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 16,64 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 15. Juni 2010 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Zum 31.12.2009 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand.

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 26.06.2009 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

Im Bilanzgewinn von Euro 51.436.359 ist ein Gewinnvortrag von Euro 2.197 enthalten.

- **Entwicklung der Rücklagen:**

	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
in EUR			
Stand per 01.01.2009	43.263.228	75.500.000	-
Zugang 2009			
• Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2008	-	18.100.000	-
• Kapitalerhöhung	-	-	-
• Umgliederung	-	-	-
Abgang 2009	-	-	-
Stand per 31.12.2009	43.263.228	93.600.000	-

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft / Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Grüneburgweg 102
60323 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender
Bankkaufmann
Dietmar Krüger, Bankkaufmann
Prof. Dr. Arnd Verleger, Bankkaufmann

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Wolfgang Teske, Vorsitzender
Vizepräsident, Diakonisches Werk der Evangelischen
Kirche in Deutschland e. V.

Michael Warman, stellv. Vorsitzender
Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e. V.

Wolfgang Altenbernd
Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.

Christian Graf von Bassewitz
Bankier i. R.

Dr. Robert Batkiewicz
Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Dr. Weh und
Kollegen

Rainer Brückers

Geschäftsführer und Bundesvorstandsmitglied i. R.,
AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.

Klaus-Dieter Kottnik

Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche
in Deutschland e. V.

Niko Roth

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher
Caritasverband e. V.

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der Paritätische Gesamt-
verband e. V.

Berthold Simons

Kaufmännischer Direktor i. R.

Prof. Dr. Manfred Willms

Bundesschatzmeister a. D., Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Generalsekretariat

Berlin und Köln, 31. März 2010

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt Krüger Prof. Dr. Verleger

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln und Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 31. März 2010

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

ppa. Krüper
Wirtschaftsprüfer

ppa. Schmidt
Wirtschaftsprüfer

Zentrale

50668 Köln · Wörthstraße 15-17
 Telefon 0221.973 56-0 · Telefax 0221.973 56-478
bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin · Oranienburger Str. 13/14
 Telefon 030.284 02-0 · Telefax 030.284 02-367
bfsberlin@sozialbank.de

01099 Dresden · Louis-Braille-Str. 8
 Telefon 0351.899 39-0 · Telefax 0351.899 39-585
bfsdresden@sozialbank.de

ab 18. Juni 2010:
 01079 Dresden · Theresienstraße 29
 Telefon 0351.899 39-0 · Telefax 0351.899 39-585
bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt · Anger 66-73
 Telefon 0361.555 17-570 · Telefax 0361.555 17-579
bfs Erfurt@sozialbank.de

45128 Essen · Huyssenallee 15
 Telefon 0201.245 80-0 · Telefax 0201.245 80-644
bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg · Alsterdorfer Markt 6
 Telefon 040.2533 26-6 · Telefax 040.2533 26-870
bfs hamburg@sozialbank.de

30177 Hannover · Podbielskistraße 166
 Telefon 0511.340 23-0 · Telefax 0511.340 23-523
bfs hannover@sozialbank.de

76135 Karlsruhe · Steinhäuserstraße 20
 Telefon 0721.981 34-0 · Telefax 0721.981 34-688
bfskarlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln · Im Zollhafen 5 (Halle 11)
 Telefon 0221.973 56-153 · Telefax 0221.973 56-177
bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig · Zimmerstraße 3
 Telefon 0341.982 86-0 · Telefax 0341.982 86-543
bfsleipzig@sozialbank.de

39104 Magdeburg · Fürstenwall 3
 Telefon 0391.594 16-0 · Telefax 0391.594 16-539
bfsmagdeburg@sozialbank.de

ab 28. Mai 2010:
 39106 Magdeburg · Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
 Am Wissenschaftshafen
 Telefon 0391.594 16-0 · Telefax 0391.594 16-539
bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz · Fort-Malakoff-Park
 Rheinstraße 4 G
 Telefon 06131.204 90-0 · Telefax 06131.204 90-669
bfsmainz@sozialbank.de

80335 München · Karlsplatz 10 (Stachus)
 Telefon 089.98 29 33-0 · Telefax 089.98 29 33-629
bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

90489 Nürnberg · Sulzbacher Straße 42
 Telefon 0911.5815-401 · Telefax 0911.5815-403
bfsnuernberg@sozialbank.de

70173 Stuttgart · Königstraße 26
 Telefon 0711.62902-0 · Telefax 0711.62902-40
bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

B-1040 Brüssel · Rue de Pascale 4-6
 Telefon 0032.2280277-6 · Telefax 0032.2280277-8
bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln · Im Zollhafen 5, Halle 11
 Telefon 0221.97356-160 · Telefax 0221.97356-164
bfs-service@sozialbank.de

IS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln · Wörthstraße 15-17
 Telefon 0221.97356-491 · Telefax 0221.97356-249
is@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim · Junkersstraße 1
 Telefon 05121.28291-850 · Telefax 05121.28291-99
info@bfs-abrechnung.de

